

„Die sehen ihre Aufgabe darin, (...) unsere Außenwirkung möglichst stark einzuschränken.“

Interview mit Sait aus Heilbronn
durchgeführt von der OG Heilbronn

Repression gegen die kurdische Community in der BRD hat viele Facetten. Eine ist die Verfügung des Bundesministers des Innern vom 22. November 1993, welche der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) einschließlich ihrer Teilorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) gemäß §18 Satz 2 VereinsG die Betätigung im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes verbietet. Politische und sozio-kulturelle Aktivitäten auf Vereinsebene werden zu Verstößen gegen das Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans PKK erklärt und über das Vereinsrecht verfolgt.

Auch in Heilbronn kommt es dadurch regelmäßig zu Repression, vor allem gegenüber kurdischen Genoss*innen. Darüber sprachen wir mit einer betroffenen Person. Sait, der 1997 nach Deutschland kam und seit fast 25 Jahren in derselben Firma im Umland von Heilbronn tätig ist, sprach mit uns über seine Erfahrung mit Repression und deren Auswirkung auf sein Privat- und Familienleben. Als aktives Mitglied von Fed-Gel (Süddeutsche Untergliederung des kurdischen Dachverbands in Deutschland KON-MED) und des kurdischen Vereins Heilbronn sieht sich Sait seit Jahren dem Druck der Ermittlungs- und Justizbehörden ausgesetzt.

Was hatte das Verbotsverfahren (PKK) für Folgen für den kurdischen Verein in Heilbronn?

In Alltagssituationen gibt es eigentlich sehr selten Probleme mit den Behörden oder der Polizei. Natürlich wird aber versucht, bei kulturellen Veranstaltungen einen politischen Hintergrund zu sehen. Auch wenn wir beispielsweise eine Demonstration oder eine Kundgebung anmelden, werden wir noch während des Auflagengesprächs von Beamt*innen der Kriminalpolizei (Staatschutz) begleitet. Die sehen ihre Aufgabe darin, uns möglichst wenig zu erlauben und unsere Außenwirkung möglichst stark einzuschränken. Beispielsweise sind während unserer Reden, besonders wenn gerade viele Menschen zuhören, Provokationen seitens der Polizei zu erwarten. Da wir uns für den Erhalt demokratischer Grundrechte einsetzen und diese auch wahrnehmen wollen, sind solche Maßnahmen für uns unverständlich.

Durch die Kriminalisierung wird jegliches Handeln, sei es privat oder im Verein, politisiert und unter Terrorverdacht gestellt. Das Leben und der Alltag vieler Menschen in Deutschland und Europa wird kriminalisiert und drangsaliert. Dabei ist für viele Kurd*innen die PKK ein

wichtiger Bezugspunkt, Teil ihres Alltags und mehr als eine Partei. Eine Trennung ist sehr schwierig.

Für den politischen Kampf in Deutschland bedeutet das, sich in legalen Vereinen und Strukturen zu organisieren. Doch egal wie legal wir uns verhalten, nach einer Demonstration warten immer Repressionen gegen die anmeldenden Personen, seien es Einschüchterungen wie „Gefährderansprachen“, Bußgelder oder gar Ermittlungsverfahren vor den höchsten Gerichten des Landes.



Sait am 27.11.2019. Foto: anf

Im Oktober 2022 wurde gegen fünf ehemalige Vorstände des kurdischen Gesellschaftszentrums Heilbronn ein Verfahren abgeschlossen. Seit Juli 2023 ist das Urteil rechtskräftig. Gegen euch wurde eine Geldstrafe von insgesamt 7.400 Euro verhängt. Das Verfahren war eine politische Inszenierung der Staatsanwaltschaft vor Gericht. Vorwürfe im Verfahren waren verschiedene Fahnen (PKK, KCK, Abdullah Öcalan), die bei einer Veranstaltung aufgehängt wurden. Dies war der letzte Prozess in einer Reihe von staatlichen Maßnahmen gegen dich und deine Familie. Welche anderen Erfahrung hast du noch gemacht?

Alles hat im Jahre 2005 angefangen. Mit einer Einladung zur Ausländerbehörde kam der Hinweis, ich solle meinen Pass mitbringen. Ich dachte mir nicht viel dabei. Als ich am zuständigen Schalter meinen Pass übergab, wurde er mir fast aus der Hand gerissen. Das wunderte mich zu dem Zeitpunkt noch sehr. Anschließend bekam ich Post, eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr. Darüber hinaus musste ich mich zweimal in der Woche bei einer

Polizeidienststelle in Heilbronn melden. Seitdem darf ich Deutschland nicht verlassen. Das bedeutet auch, dass ich mit meiner Familie nicht in den Urlaub darf. Jährlich musste ich eine neue Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Seit 2017 ist meine Aufenthaltsgenehmigung jedoch erloschen. Seither muss ich alle drei Monate eine Duldung beantragen. Diese muss bezahlt werden und kostet 33 Euro für drei Monate. Mit Beginn dieser Maßnahmen ging ich für mehrere Tage in den Hungerstreik und konnte so kurzfristig Aufmerksamkeit und Unverständnis gegenüber den Behörden für das Thema erlangen. Auch außerhalb des politischen Spektrums waren Menschen von der Praxis der Behörden schockiert. Vertreter*innen der Kirche kamen persönlich vorbei und fragten, wie sie helfen oder Unterstützung leisten können.

Sind mit der Duldung weitere aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen verbunden?

Das Wegfallen der Aufenthaltsgenehmigung bedeutet für mich, dass ich mich jetzt sogar dreimal in der Woche bei der Polizei melden muss. Wenn ich das mal vergesse oder dort nicht erscheine, kostet mich das 98 Euro. Ich darf Heilbronn nicht mehr verlassen, jedoch ist meine Arbeitsstelle außerhalb der Stadt. Dafür wurde mir in der Duldung der Vermerk eingetragen, ich dürfe Heilbronn zum Zwecke der Lohnarbeit lokal und zeitlich begrenzt verlassen. Des Weiteren darf ich keiner Arbeit auf selbstständiger Basis nachkommen. Das ist für mich als Journalist natürlich sehr schwierig.

Welche Folgen hatte deine Tätigkeit als Journalist?

Diese Tätigkeiten waren der Ursprung für die Meldeauflagen und den Entzug meines Passersatzes. Ich schrieb hunderte von Artikeln, zum Beispiel für die *Yeni Özgür Politika*. Davon wurden ungefähr zehn als verboten eingestuft. In den Artikeln ging es zum Beispiel um den Besuch eines HDP-Abgeordneten im kurdischen Verein in Heilbronn. Andere handelten von in den Bergen gefallenen Genoss*innen und deren Leben. 2019 wurden in Heilbronn das kurdische Gesellschaftszentrum sowie fünf Familien am frühen Morgen von der Polizei samt Staatsschutz-Abteilung durchsucht. Sie beschlagnahmten sämtliche Speicher- und Kommunikationsmedien, die im Haus zu finden waren. Auch die Laptops meiner Kinder wurden mitgenommen. Bis heute haben wir nichts davon wiedergesehen. Auf den konfiszierten Geräten befanden sich unter anderem private Fotos und mein journalistisches Archiv. 2021 und 2023 folgten weitere Hausdurchsuchungen bei mir zu Hause, im kurdischen Verein und anderen Familien. Die Beschlagnahmungen

waren natürlich die gleichen. Aufgrund solcher Durchsuchungen sind Menschen in meiner Nachbarschaft sehr misstrauisch mir gegenüber geworden, obwohl wir vorher ein gutes Verhältnis hatten. Es ist nicht einfach zu erklären, dass ich meine demokratischen Grundrechte wahrnehme und dafür kriminalisiert werde. Einige Nachbar*innen zeigten Verständnis und verhielten sich solidarisch, das Verhältnis zu anderen bleibt unnötig angespannt. Natürlich fühlt man sich sehr unwohl und dauerhaft beobachtet, wenn erst einmal dutzende Beamte deine Wohnung durchsuchen und jederzeit wiederkommen können, um weiter in deiner Privatsphäre herumzuschnüffeln.

Wie gehst du persönlich damit um?

Mir ist klar, dass all diese Maßnahmen meinen politischen Willen brechen sollen. Doch wir lassen uns durch diese Einschüchterungen nicht unterkriegen. Deutschland ist meine zweite Heimat, auch wenn meine Wurzeln woanders sind. Alle meine Kinder kamen hier zu Welt, ich lebe und arbeite und bin hier integriert seit über 25 Jahren.

In Deutschland ist es gängige Praxis der Behörden gerade kurdisch-stämmigen Menschen das Leben schwer zu machen oder sie am politischen Kampf zu hindern, sei es durch Meldeauflagen oder anderen Repressionen durch die Ausländerbehörde. Weißt du von weiteren Menschen aus deinem Umfeld die auch solche Meldeauflagen haben?

Ich kann natürlich keine genaue Anzahl nennen, weiß jedoch von circa 15 Personen in Heilbronn, die sich mit solchen Meldeauflagen herumschlagen müssen. Wir sind die einzigen, die sich aus politischen Verfolgungsgründen regelmäßig melden müssen. Tatsächlich sind einige Cops mit den Auflagen selbst nicht einverstanden oder verstehen sie nicht. Manche lassen es mich spüren, dass sie uns nicht mögen, andere lassen mich dort einfach zum Spaß warten. Das empfinde ich als Beleidigung.

Was erwartest du von der (deutschen) Zivilgesellschaft?

Wir arbeiten offen und auch gerne mit Behörden und Institutionen zusammen. Oftmals funktioniert das auch einwandfrei. Aber nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Dann werden kurdische Gruppen aus beispielsweise Flüchtlingsbeiräten geworfen, obwohl wir sie mit gegründet haben. Das ist für uns unverständlich und sehr traurig. Deshalb wünschen wir uns, dass die Bevölkerung in all ihren Gruppen sich mit uns solidarisiert und nicht mehr zuschaut und schweigt. Solidarisiert euch und werdet selbst aktiv! Es ist wichtig zusammenzuhalten und voneinander zu lernen. ❖